



Frankfurts Schulen

Ein „Bildungs-Soli“
könnte helfen

und der

Sanierungsstau

943 Millionen Euro. Diese Summe kommt zusammen, wenn man den Bedarf für alle Baumaßnahmen an Frankfurter Schulen im Haushaltsentwurf der schwarz-grünen Koalition für 2014-2018 zusammenzählt. Eine astronomische Zahl, die erstens nicht einmal den gesamten Bedarf erfasst und zweitens angesichts der finanziellen Situation der Stadt Frankfurt die Frage aufwirft: Wer soll das bezahlen? Und wann?

Frankfurt/Lü. „Die Stadt hat als Schulträger die Pflicht, alle Schulgebäude so instand zu halten, dass sämtliche Fächer problemlos unterrichtet werden können. Diese Sorgfaltspflicht ist in den letzten Jahrzehnten massiv vernachlässigt worden, mit der Folge, dass unzählige Schulen in Frankfurt mit Baumängeln zu kämpfen haben“, kritisierte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Römer, Sylvia Weber. Zu trauriger Berühmtheit war im Herbst die Elisabethenschule gelangt, als bekannt wurde, dass in dem altehrwürdigen Gymnasium im Nor-

dend Kinder zwischen Stützpfählen unterrichtet werden, während Rennen und Springen im Gebäude untersagt sind. Die Bauaufsicht hat das Gebäude noch bis Dezember 2013 zum Unterricht freigegeben, nachdem eine Untersuchung der Statik im Mai gravierende Baumängel festgestellt hatte. „Auch wenn die Elisabethenschule ein Extremfall ist: Zusammen mit Oberbürgermeister Peter Feldmann wird die SPD das Problem nun angehen“, kündigte Weber an.

Um den Sanierungsstau abzubauen, will die SPD nach einer Erhöhung

der Gewerbesteuer jährlich 30 Millionen Euro zusätzlich in die Schulen investieren. Diesen zentralen Haushaltsantrag stellte die SPD-Fraktion im Dezember zur Abstimmung, der jedoch von der schwarz-grünen Koalition abgelehnt wurde.

„Die Koalition sieht den undichten Dächern, den unbenutzbaren Turnhallen und den demonstrierenden Eltern schon zu lange tatenlos zu. Wir bieten einen seriös finanzierten Vorschlag, der endlich Abhilfe schaffen und den Schulen Verlässlichkeit bieten soll“, betonte auch Fraktionsvorsitzender

Klaus Oesterling. Es sei nun an der Zeit, den Schulen ehrlich zu sagen, ob und wann die Baumängel ihrer Schule behoben werden. „Wir wissen von vielen Schulleitungen, die seit Jahren vertröstet werden. Eine offizielle Prioritätenliste existiert nicht – und dass eine Maßnahme im Haushalt steht, heißt noch lange nicht, dass diese auch zeitnah umgesetzt wird geschweige denn finanziert werden kann“, kritisierte Weber.

Es darf nicht länger sein, dass die Schulen darunter leiden müssen, dass der Magistrat über Jahre seine

Arbeit nicht richtig getan hat und immer nur – wenn überhaupt – kleine Reparaturen veranlasst hat, anstatt direkt anständig zu sanieren. Hier ist Steuergeld verschwendet, aber nicht nachhaltig gearbeitet worden.

Mit der Hinhaltetaktik sei es nun vorbei. „Zusammen mit Oberbürgermeister Feldmann erwarten wir nun konkrete Schritte der Koalition. Unser Vorschlag steht“, so Klaus Oesterling.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Entscheidungstempo in der schwarz-grünen Koalition nähert sich dem Stillstand. Anders kann man das dürre Ergebnis der schwarz-grünen Haushaltsberatungen nicht kommentieren: Nachdem die Koalition mehrere Monate um den Haushalt gestritten hat und seit den Haushaltsklausuren der Regierungsfaktionen einige Wochen vergangen sind, ist das Ergebnis des zähen Verhandlungsmarathons mehr als dürr.



Symptomatisch für die Diskussion innerhalb der Koalition ist das alberne Gezerre um den Zuschuss für den Club Voltaire. Während die CDU den Zuschuss von sage und schreibe 7.000 Euro streichen wollte, sind die Grünen für dessen Erhalt eingetreten. Nach monatelangen Verhandlungen wurde nun der „Kompromiss“ gefunden, den Zuschuss für 2014 auf 5.000 Euro zu kürzen und die Frage, ob der Club in Zukunft überhaupt weiter gefördert wird, auf das nächste Jahr zu verschieben.

Perspektive sieht anders aus. Hier ist die Grenze zum Lächerlichen nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten: Weder zu der Frage, wie der Haushalt auszugleichen ist, noch dazu, wie die gegenwärtig geplante horrende Nettoneuverschuldung vermieden werden kann, gibt es Entscheidungen der Koalition.

Besonders aussagenlos sind die Antworten zur Bildungspolitik. Wie der von der Bildungsdezernentin angekündigte Aktionsplan zu finanzieren ist, bleibt weiterhin völlig offen. Wenn dazu Investitionen in anderen Bereichen gestrichen werden sollen, hätte die Koalition endlich im Rahmen der Haushaltsberatungen sagen müssen, welche. Aber: Fehlanzeige! Der SPD-Vorschlag dazu liegt auf dem Tisch und ist eines der Themen in dieser Weihnachts-Ausgabe von Frankfurt MODERN.

Herzlichst

Ihr

Klaus Oesterling

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Römer



Marode Schulen – eine Auswahl

- **Die Ernst-Reuter-Schulen I und II**, eine integrierte Gesamtschule mit Oberstufengymnasium in der Nordweststadt, sind zusammen mit 56 Millionen Euro veranschlagt, um die Gebäude zu sanieren, die Fassade zu erneuern und die Turn- und Schwimmhalle instand zu setzen.
- **Die Ludwig-Erhard-Schule**, eine Berufsschule in Unterliederbach, wartet auf 8 Millionen Euro.
- **Die Salzmannschule**, noch eine reine Hauptschule in Niederrad, benötigt 15,6 Millionen Euro für die lang erwartete Sanierung.
- **Die Boehleschule**, eine Grundschule in Griesheim, bräuchte insgesamt 6,5 Millionen Euro, um instand gesetzt zu werden.
- **Merianschule**, eine Grundschule im Nordend, benötigt 12,7 Millionen Euro für ihre Gesamtsanierung.
- **Anne-Frank-Schule**, eine Realschule, und die benachbarte **Viktor-Frankl-Schule**, eine Förderschule, beide im Dornbusch, bräuchten insgesamt für eine Erweiterung samt Neubau gemeinsam 61 (!) Millionen Euro.

Quelle: Alle Summen aus dem Haushaltsentwurf der Stadt Frankfurt für 2014, Band 2, S. 438 ff.

Wo steht die integrierte Gesamtschule, an der Chemie nur mit geöffneter Tür in den Innenhof unterrichtet werden kann, weil die Stadt die Oberlichter versiegelt hat und sonst keine frische Luft in den Fachraum kommt (abgesehen von der nichtregulierbaren Heizungsanlage)?

Frankfurt/Lü. Wo steht die erst sechs Jahre „alte“ Turnhalle einer Grundschule in einem Neubaugebiet, die seit Schuljahresbeginn geschlossen ist (es findet also für 340 Kinder kein Sportunterricht statt), weil Heizung und Stromversorgung nicht richtig funktionieren und sich die Verankerung der Fenster aus der Wand löst?

Wo dringt durch Flachdächer Regenwasser ein, hinterlässt Flecken

an Wänden und Decken, verursacht Schimmel und löst Deckenplatten, die hinunterfallen?

Wo fällt der Putz von der Decke und bleiben Werkstätten an einer Schule mit Schwerpunkt Arbeitslehre seit Jahren geschlossen, obwohl für 50.000 Euro Werkzeug angeschafft wurde, was eingepackt im Keller liegt und der eigens angestellte Schreiner weiter bezahlt wird?

Wo dürfen jeweils maximal 30 Kinder zur selben Zeit in die Schulbibliothek, weil alles andere durch die Bauaufsicht verboten wurde?

Wo werden abgenommene Decken mit Folie abgehängt, um dann Lampen anzuschrauben?

Und wo sind die Schultoiletten regelmäßig so dreckig, dass viele Kinder sie benutzen und sich dabei ekeln?

Wo frieren die Kinder in Containern ohne Wärmedämmung und ohne Wasseranschluss – und schwitzen im Sommer?

Wo müssen die Dächer des Pausenhofs durch Stützpfeiler abgesichert und Flächen gesperrt werden, weil im verfaulten Holzdach riesige Löcher entstanden sind?

Wo blättert der Putz ab und hängen offene Kabel aus den Wänden?

Willkommen in Frankfurt am Main, Deutschlands fünftgrößter Stadt, mit dem höchsten Prokopf-Einkommen und dem höchsten Gewerbesteuer-aufkommen der Republik. – Und mit einer Bildungsdezernentin, die uns wirklich Sorge bereitet.

Verzichtbares
Weihnachtsgeschenk:

Mogelpackung Beförderungsdienst

Frieda wird bald achtzig Jahre alt, sie lebt alleine und schafft es noch immer, ihren Haushalt selbst zu organisieren.

Gut zu Fuß ist sie leider nicht mehr, sie ist fast blind, auch die Arthrose macht ihr zu schaffen und das neue Hüftgelenk will nicht so richtig.

Frankfurt/STM. Aber dank der Taxifahrtscheine, die sie von der Stadt Frankfurt bekommt, ist sie mobil, kann so ihre Einkäufe und Besorgungen erledigen und ihre Freundin im Nachbarstadtteil besuchen.

Frieda gehört zu den Menschen mit einer außergewöhnlichen Gehbehinderung, die bislang einen Nachteilsausgleich von der Stadt Frankfurt in Form von Taxischeinen beka-

men. 16 Fahrtberechtigungen pro Monat im Wert von jeweils 23 Euro. Hochgerechnet aufs Jahr waren das 4.416 Euro. Nun haben Sozialdezernentin Birkenfeld (CDU) und ihre schwarz-grüne Koalition zum Rotstift gegriffen. Eine Million Euro soll jetzt im städtischen Haushalt gespart werden. Ab Januar 2014 erhält jeder Anspruchsberechtigte nur noch 500 Euro pro Jahr. Menschen mit sehr

niedrigem Einkommen, die einen Frankfurt-Pass haben, erhalten 1000 Euro pro Jahr. Die Einkommensgrenze beim Frankfurt-Pass liegt für 1-Personenhaushalte bei 869 Euro netto.

Friedas Rente liegt knapp darüber, also muss sie künftig mit 500 Euro im Jahr für Taxifahrten auskommen, das sind im Schnitt weniger als 10 Euro pro Woche.

Für die meisten Anspruchsberechtigten ist diese Sparscheidung fatal, sie werden in ihrer Mobilität eingeschränkt und können elementare Dinge, die zu ihrem Leben gehören, nur noch bedingt wahrnehmen. Die SPD-Fraktion im Römer hat diesen Vorschlag abgelehnt – denn er ist sozial ungerecht, und die Einsparungen stehen in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den sie anrichten. Man kann nicht

auf der einen Seite ständig die Inklusion betonen und erzählen, wie wichtig einem die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung ist, und dann andererseits Maßnahmen ergreifen, die dem massiv zuwider laufen.

Schwarz-Grün – Nein danke – Soziales Miteinander geht anders.

Kultur ohne Perspektiven?

„Von einem kulturpolitischen Gestaltungswillen ist in Frankfurt nichts mehr zu spüren. Daran ändern weder das dünne Positionspapier der CDU-Fraktion etwas noch die üppig ausgebreiteten Thesen aus dem Büro des Oberbürgermeisters“, schrieb Michael Hierholzer kürzlich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Frankfurt/STM. Auch die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung sparte nicht mit Kritik, erst ein Minus für den kulturpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, kurz darauf ein Minus für den CDU-Kulturdezernenten Felix Semmelroth. Erster als „Visionsloser“ von der Sonntagszeitung bezeichnet und letzterer nach der jüngsten Sitzung des Kulturausschusses als „Laviervirtuose“ titulierte. Wie schlimm muss es um die Frankfurter Kulturpolitik bestellt sein, wenn das liberal-konservative Leitmedium unserer Stadt so hart und direkt über die CDU-Kulturpolitik urteilt? Auch der Oberbürgermeister wird zerrupft. Für die Kultur-

journalisten sind Feldmanns Thesen dünne Kost: da sei auf einmal alles Kultur, zu sehr nichts sagend und unkonkret wie manche finden. Doch was dürfen die Menschen in unserer Stadt erwarten. Ein weit reichender Kulturbegriff des Oberbürgermeisters ist das eine, doch was erwarten wir von den zuständigen Fachpolitikern?

Es ist ein Armutszeugnis, wenn der Kulturdezernent auf der einen Seite Sparbeschlüsse im Magistrat mitträgt, sich dann aber weigert diese umzusetzen, da sie sich nur schwer realisieren lassen, ohne Museen oder Theater zu schließen. Auch das Kulturpapier der CDU-Fraktion, an dem der Fachdezer-

nent Semmelroth mitgewirkt hat, wird zu Recht kritisiert. Es bietet keine langfristigen Perspektiven, und es bleibt offen, wie Frankfurts Kulturlandschaft sich künftig entwickeln wird. Man ist geneigt zu fragen, ob nicht die Finanzpolitiker das Ruder der CDU-Kulturpolitik übernommen haben. Vieles wurde angekündigt seit der letzten Kommunalwahl und ebenso beerdigt. Die Liste ist lang: Angefangen mit dem Museum der Weltkulturen, das Theater für die Fliegende Volksbühne in Sachsenhausen, ein Haus für die Literatur und die Verlage am Großen Hirschgraben, die ursprünglich vorgesehene kulturelle Nutzung am Eschen-



heimer Turm (ehemals Turmkinos), eine Ausstellungshalle für das Museum der Weltkulturen usw. Das Volkstheater Liesel Christ wurde bereits im Sommer geschlossen. Der Katakomben hat man für 2014 die Förderung gestrichen, beim Mousonturm und bei der Karnevalsförderung wird ebenso gekürzt. Fortsetzung folgt ...

Zunächst wurde viel versprochen, dann das Meiste beerdigt, und nun wird hier und da gekürzt, willkürlich und ohne Plan. Wie es weiter geht, bleibt offen – doch Kultur braucht Perspektive. Empört euch – liebe FrankfurterInnen!

„C“ is for Cookies

Frankfurter Katholiken machen sich für bezahlbaren Wohnraum und neue Wohnbaugebiete stark



Die Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken hat sich im Oktober mit der Wohnraumversorgung in Frankfurt befasst. Der Schaffung neuen Wohnraums gehöre die höchste Priorität, heißt es in deren Erklärung: „Dazu bedarf es der Ausweisung neuer Flächen für den Wohnungsbau.“

Frankfurt/HP. Die SPD-Fraktion im Römer freut sich über jede Unterstützung. Bei dem Vorschlag der Bebauung des Gebietes ‚Hilgenfeld‘ in Berkersheim mit Geschosswohnungsbau statt Einfamilienhäusern, um für mehr Menschen Wohnungen bauen zu können, hatte es ja dankenswerterweise ein Umdenken von Seiten der schwarz-grünen Stadtregierung gegeben. Auch wenn die Umsetzung nach Ansicht von Klaus Oesterling, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Römer, „viel zu schleppend geht.“

Anders bei dem SPD-Vorschlag eines neuen großen Wohngebietes im Frankfurter Norden zwischen Nieder-Erlenbach, Nieder-Eschbach und Harheim. (Wir berichteten.) Hier verhindern Grüne und CDU jeden Fortschritt, beispielsweise mit einem Magistratsbericht vom November: „Der Magistrat verfolgt keine Planung für ein Neubaugebiet im Frankfurter Norden“, es stünden genügend andere Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung, heißt es.

„C is for Cookies“, sang das Krümelmonster in der Sesamstraße. Während also der Stadtverband der Frankfurter Katholiken sich für neue

Wohnbaugebiete ausspricht, blockiert die CDU in Frankfurt genau dies. Wenn sich wieder Politiker der CDU für die Betonung des „C“ in ihrem Namen aussprechen, ist wohl davon

auszugehen, dass sie eher das Krümelmonster im Ohr haben, als die Meinung der Frankfurter Christen, von denen die Katholischen die größte Gruppe in Frankfurt sind.

Frankfurt ist bunt!



Aus den Frankfurter Stadtteilen

Am Weihnachtstbaum

Spötter behaupten ja, der Weihnachtsbaum sei der einzige standhafte Grüne im Umkreis des Römers weit und breit. Dem müssen wir leider widersprechen: Zum einen wurde die Standhaftigkeit des Grünen – Verzeihung des Baums – dieses Jahr nicht wirklich getestet, hat doch Xaver eher einen weiten Bogen um Frankfurt geschlagen. Zum anderen darf das Grünsein des „Frankfurter“ Weihnachtsbaums heuer nicht nur aus beleuchtungstechnischen Gründen ernsthaft in Zweifel gezogen werden. In Folge seines inzwischen traditionellen Migrationshintergrundes – seit Jahren „stiftet“ eine andere meist jenseits der Alpen gelegene Gemeinde (in diesem Jahr die Region Montafon in Vorarlberg) der Stadt Frankfurt einen Weihnachtsbaum, dessen Auswahl von einer mehrköpfigen Delegation vor Ort überwacht wird – hat das Bäumchen eine Ökobilanz aufzuweisen, die die des gesamten Magistrats in den Schatten stellen dürfte.

Die SPD-Fraktion hat deshalb eine Anfrage ins Stadtparlament einge-

bracht, mit der sie in Erfahrung bringen möchte, ob der Magistrat tatsächlich der Auffassung ist, im näheren Umfeld Frankfurts gäbe es keine Bäume? Geeignete. Standhafte. Grüne.

Krematorium

„Die SPD-Fraktion im Römer unterstützt – schweren Herzens – die vom Magistrat geplante Stilllegung des Frankfurter Krematoriums auf dem Hauptfriedhof“. Dies bestätigte der SPD-Stadtverordnete Eugen Emmerling, der auch Mitglied der städtischen Friedhofskommission ist. Angesichts der wirtschaftlichen Daten sei eine Sanierung mit Blick auf die dafür notwendigen Investitionen nicht vernünftig. Die Kapazität des Krematoriums sei derzeit nur zu einem Viertel ausgelastet, eine Erreichung der Kostendeckung daher unrealistisch. „Eine Zusammenarbeit mit Offenbach ist in dieser Situation die vernünftigste Lösung“, so Emmerling. Die Alternative sei eine weitere drastische Erhöhung der Gebühren, was aber in keiner Weise verantwortbar sei. Es sei deshalb vernünftiger, die regionale Zusammenarbeit zu suchen.

Wir verlosen:

5 x 2 Eintrittskarten für den Frankfurter Zoo

Bitte beantworten Sie folgende Frage:

Den Weihnachtsmarkt in welcher Stadt hat der leibhaftige Frankfurter Oberbürgermeister in diesem Jahr 2013 selbst eröffnet?

- Frankfurt (A)
 Birmingham (B)
 Mailand (C)

Ihre Antwort schicken Sie schriftlich an:

SPD-Fraktion im Römer, Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt oder per Fax an: 069/287708 oder per E-Mail mit dem Stichwort „Weihnachtsmarkt“ und dem richtigen Lösungsbuchstaben an: info@spd-fraktion.frankfurt.de

Einsendeschluss ist der 10. Januar 2014. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Vorname

Name

Straße

PLZ

Ort

E-Mail-Adresse



Frankfurt MODERN



IMPRESSUM

Redaktion: Henning Beppler (bep), Gabi Faust-Becker (GF), Jetta Lüdecke (Lü), Stefan Mank (STM), Hans Preißl (HP), Klaus Oesterling (Oe)

Vi.S.d.P.: Henning Beppler, SPD-Fraktion im Römer, Bethmannstraße 3, 60311 Frankfurt, Tel. 069/281541, Fax 069/287708, E-Mail info@spd-fraktion.frankfurt.de

Fotos: geschoepf (S. 3 oben), Stefanie B. – fotolia.com (S. 4 oben), shutterstock (S.1 u. 2)

Gesamtherstellung: com.plot-mainz.de

Auflage: 160.000

An alle Haushalte mit Tagespost